

FORSTWISSENSCHAFTLICHE TAGUNG 2004 IN FREISING (D), 8. OKTOBER 2004

Governance in der Waldwirtschaft

Transaktionskostenökonomik als Beitrag für eine rationale Waldpolitik

Von Martin Hostettler, Bern¹

Gliederung

1.	Zusammenfassung	2
2.	Einleitung	3
3.	Analyseraster der NIÖ und die Fragestellungen auf der Governance-Ebene	4
4.	Zur Transaktionskostenökonomik.....	6
5.	Fallbeispiel Kommunalwald	7
5.1	Kann die Waldbewirtschaftung privatrechtlich vereinbart werden?	8
5.2	Welche Kontrollstruktur eignet sich zur Organisation der Waldbewirtschaftung am besten?.....	9
	Wie organisiert sich die Kommune, um einen guten Vertrag zu erhalten?.....	9
	Mit welchem juristischen Typ von Organisation soll ein Vertrag abgeschlossen werden?	9
	Wie häufig werden Arbeiten ausgelagert?.....	10
5.3	Kann die ausgewählte Kontrollstruktur im Marktwettbewerb bestehen?	10
6.	Schlussfolgerung.....	10
7.	Literatur	11

¹ Tensor Umweltberatung AG, Langmauerweg 12, CH-3011 Bern (eMail: martin.hostettler@tensor.ch).

1. Zusammenfassung

Die Waldwirtschaft kann auf vier verschiedenen Ebenen sozialwissenschaftlich untersucht werden. Die neoklassische Ebene E4 der Ressourcenallokation wird dazu durch drei darüber liegende institutionenökonomische Ebenen E1 bis E3 ergänzt. Diese drei Ebenen werden als gesellschaftliche Einbettung (E1), institutionelle Umwelt (E2) und Governance (E3) bezeichnet.

Der Beitrag zeigt, wie auf der Ebene der Governance (E3) mit Hilfe der Transaktionskostenökonomik Überlegungen zu möglichst guten Kontrollstrukturen, auch als «governance structures» bezeichnet, angestellt werden können. Die Transaktionskostenökonomik geht dazu von bestimmten Annahmen und Arten von Transaktionskosten aus. Die Annahmen betreffen hauptsächlich das menschliche Verhaltensmodell, welches auf dem methodologischen Individualismus beruht und Menschen als nutzenmaximierende Individuen mit begrenzter Rationalität und einem Hang zum Opportunismus versteht.

Im Zentrum der Analyse stehen Verträge und die daraus entstehenden Transaktionskosten. Typische Transaktionskosten sind die allgemeinen Kosten des Marktes respektive der Hierarchie, Faktorspezifitäten, Prinzipal-Agenten-Verhältnisse und die generelle Kontrahierbarkeit der Tauschbeziehung zwischen Individuen. In einer solchen Analyse stehen die organisatorischen Lösungen Markt und Hierarchie an den beiden Polen eines zweidimensionalen Kontinuums, mit vielen verschiedenen dazwischenliegenden hybriden Organisationsformen.

Anhand der Frage, ob eine Kommune die Bewirtschaftung ihres Waldes zur Holzproduktion in Regie ausführen oder an einen Dritten übertragen soll, wird beispielhaft das Denken der Transaktionskostenökonomik illustriert («make or buy»). Es zeigt sich, dass die transaktionsökonomische Analyse differenzierte Aussagen über die Vorteilhaftigkeit der beiden Bewirtschaftungsarten ermöglicht. Die Ausführungen zeigen aber auch, dass Transaktionskosten von Kontrollstrukturen eng mit den beiden darüber liegenden Ebenen E2 und E1 verknüpft sind und deshalb keine allgemein gültigen Folgerungen zur Frage der Eigenbewirtschaftung von Kommunalwald sinnvoll sind.

Die Transaktionskostenökonomik stellt einen wertvollen theoretischen Beitrag für die sozialwissenschaftliche Beurteilung von Kontrollstrukturen dar. Sie leistet einen Beitrag zur Entdogmatisierung der Waldpolitik, indem sie der normativen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen politischen Grundhaltungen eine positive Analyse der Governance zur Seite stellt und so den Diskurs befruchtet.

2. Einleitung

In den letzten vierzig Jahren ist in den Wirtschaftswissenschaften eine neue Denkschule entstanden, welche für die positive Analyse von Marktbeziehungen und Organisationen äusserst produktiv ist. Es handelt sich um die Neue Institutionenökonomik (NIÖ). Es erstaunt deshalb nicht, wenn die neuen Einsichten und Denkweisen nicht nur die Betriebswirtschaftslehre unter dem Begriff *«managerial economics»* sondern auch die Organisationslehre in der Wald- und Holzwirtschaft immer mehr prägen. Die in Abb. 1 aufgeführten wichtigen Meilensteine der Neuen Institutionenökonomik veranschaulichen auf eindrückliche Weise, dass diese am besten mit einer Baustelle zu vergleichen ist, auf welcher gleichzeitig mehrere eigenwillige Architekten ihrem Handwerk nachgehen.

Autoren	Jahr	Meilenstein in der Theorie der Firma
COASE	1937	Transaktionskosten > 0: Ursache für Existenz von Firmen; Transaktionen: Firma versus Markt («make or buy»).
COASE	1960	Welt mit Transaktionskosten 0: jede Institution ist effizient; Welt mit Transaktionskosten > 0: Institutionen sind relevant; Begründung des Verfügungsrechtsansatzes.
DEMSETZ	1967	Entstehung von Verfügungsrechten.
ALCHIAN & DEMSETZ	1972	Messkostenansatz: Verfügungsrechte und Teamproduktion.
JENSEN & MECKLING	1976	Prinzipal-Agentenansatz: Agenturkosten, Firma als Nexus von Verträgen.
NORTH	1981	Institutioneller Wandel, Relevanz von Transaktionskosten.
WILLIAMSON	1985	Transaktionskostenansatz: Faktorspezifitäten, «hold up» (Problem der Unterinvestition), unvollständige Verträge, hybride Kontrollstrukturen.
GROSSMAN & HART	1986	Formale Theorie unvollständiger Verträge.
WILLIAMSON	1999	Staatliche Governance.
WILLIAMSON	2000	Ebenen der sozialwissenschaftlichen Analyse in der NIÖ.

Abb. 1: Wichtige Meilensteine in der Geschichte der Neuen Institutionenökonomik.

Die folgenden Erläuterungen werden sich in erster Linie auf das vom Amerikaner Oliver Williamson geschaffene Theoriegebäude der Transaktionskostenökonomik oder Governancekosten abstellen. Zuerst wird die Stellung der Transaktionskostenökonomik innerhalb der NIÖ erläutert. Danach wird deren Fragestellung beschrieben und der Begriff «Kontrollstrukturen» präzisiert. Im darauf folgenden Abschnitt geht es um die getroffenen Annahmen innerhalb der Transaktionskostenökonomik und um die Beschreibung von wichtigen Typen von Transaktionskosten. Mit der Analyse typischer Fragen aus der Waldwirtschaft, insbesondere aus dem Kommunalwald, und einigen walddpolitischen Folgerungen wird der Beitrag abgeschlossen. Für eine vertiefte Darstellung walddwirt-

schaftlicher Fragestellungen wird auf einen früher publizierten Beitrag verwiesen (HOSTETTLER, 2003).

3. Analyseraster der NIÖ und die Fragestellungen auf der Governance-Ebene

Der Begriff der «Governance» ist in der NIÖ keine Worthölse oder Modeerscheinung. Vielmehr handelt es sich um die Bezeichnung einer bestimmten Ebene, auf welcher die sozialwissenschaftliche Analyse vorgenommen wird. Neben der Analyseebene der Governance werden jene der gesellschaftlichen Einbettung, der institutionellen Umwelt und der Ressourcenallokation unterschieden (Abb. 2). Mit einer solchen Strukturierung kommt der Ebene der Governance die Aufgabe der *Spielorganisation* zu. Im Mittelpunkt des Interesses stehen Verträge. Wirtschaftspolitik auf dieser Ebene hat die Verbesserung von Kontrollstrukturen zum Ziel.

Ebene	Beschreibung	Anpassung (Jahre)	wirtschaftspolitische Absicht
E1	Gesellschaftliche Einbettung Bräuche, Traditionen, Religion Sozialtheorie und -philosophie	10^2 bis 10^3	keine (unberechenbar, spontan)
E2	Institutionelle Umwelt formale Spielregeln, Rechte z.B. Neue Politische Ökonomik	10^1 bis 10^2	richtige Institutionen!
E3	Governance Spielorganisation, Verträge Transaktionskostenökonomik	10^0 bis 10^1	richtige Kontrollstrukturen!
E4	Ressourcenallokation Preise, Mengen, Anreize neoklassische Ökonomie	kontinuierlich	richtige Preise! (richtige Grenzbedingungen!)

Abb. 2: Die vier Ebenen der sozialwissenschaftlichen Analyse in der Institutionenökonomik. Die übergeordnete Ebene schränkt jeweils den Handlungsspielraum der darunter liegenden Ebene ein. Umgekehrt können Rückmeldungen von unter- zu übergeordneten Ebenen zu Veränderungen dieser Handlungsspielräume oder Rahmenbedingungen führen. Quelle: Williamson (2000), abgeändert.

Damit stellt sich die Frage, was Kontrollstrukturen sind. Williamson hat dazu den Begriff «*governance structures*» eingeführt, dessen Übersetzung je nach Sinnzusammenhang mit «Beherrschungs- und Überwachungssysteme», «Überwachungs- und Durchsetzungssysteme», «Beherrschung» oder «Kontrolle» geschieht. In den weiteren Ausführungen wird verkürzt der Begriff «*Kontrollstrukturen*» verwendet und darunter ein System von Nor-

men einschliesslich ihrer Durchsetzungsinstrumente verstanden (RICHTER & FURUBOTN, 2003; WILLIAMSON 1985/1990). Der Markt und die hierarchisch organisierte Firma sind vermutlich die beiden wichtigsten Kontrollstrukturen. Diese Betrachtungsweise führt zur «make or buy»-Frage: Soll ein bestimmtes Produkt auf dem Markt beschafft oder mit den *eigenen* Produktionsfaktoren hergestellt werden? Oder anders ausgedrückt: Wo liegt die optimale Grenze der Firma?

Williamson gelang es in der Folge die beiden wichtigsten Kontrollstrukturen sowohl differenzierter zu beschreiben als auch auf eine Reihe von Kontrollstrukturen hinzuweisen, welche irgendwo zwischen den beiden Polen Markt und Hierarchie liegen und demzufolge einen hybriden Charakter aufweisen. So gibt es beispielsweise marktliche Beziehungen, welche nicht auf schriftlichen Verträgen beruhen, während andere marktliche Beziehungen sich sogar auf dreiseitige Verträge abstützen (Abb. 2). Hybride Kontrollstrukturen, oft auch als Kooperationen bezeichnet, sind teilweise relativ einfach zu verstehen, teilweise aber auch komplex und schwieriger zu analysieren. Die in der Waldwirtschaft beobachteten Genossenschaften sind ein Beispiel für eine komplexe Kontrollstruktur. Die Aufstellung in Abb. 3 verweist überdies auf den engen Zusammenhang zwischen zunehmender Hierarchie und Grad der vertikalen Integration. Abb. 4 zeigt anhand der Wald- und Holzwirtschaft, wie Kontrollstrukturen grafisch für ganze Wertschöpfungsketten dargestellt werden können.

Hauptkategorien	Unterkategorien	Beispiele
Markt	einfacher Markt	Einkauf im Supermarkt.
	zweiseitige Vertrag	Holzverkauf mit schriftlichem Vertrag.
	dreiseitige Vertrag	Hausbau mit Architekt und Bauunternehmen.
Kooperation (Hybrid)	einfache Kooperation	Jahresvertrag; Langzeitvereinbarung (z.B. Liefervertrag); Lizenzierung; Joint Venture; Konsortium; Entwicklungskooperation; Lieferantensiedlung; Minderheitsbeteiligung; Mehrheitsbeteiligung.
	komplexe Kooperation	Dynamische Netzwerke; Leveraged-Buyout-Gesellschaft; Franchising; Kereitsu; Genossenschaft.
Hierarchie (Integration)	private Firma	Stiftung; Konglomerate; Holding; Aktiengesellschaft mit Funktionsbereichen; Aktiengesellschaft mit Geschäftsbereichen; einfache Gesellschaft.
	öffentliche Verwaltung	Aktiengesellschaft der öffentlichen Hand; NPM-Betrieb; klassische Verwaltung.

Abb. 3: Zwischen Markt und Hierarchie: Kontrollstrukturen mit zunehmender vertikaler Integration. Quellen: Picot et al. (2002); Williamson (1999).

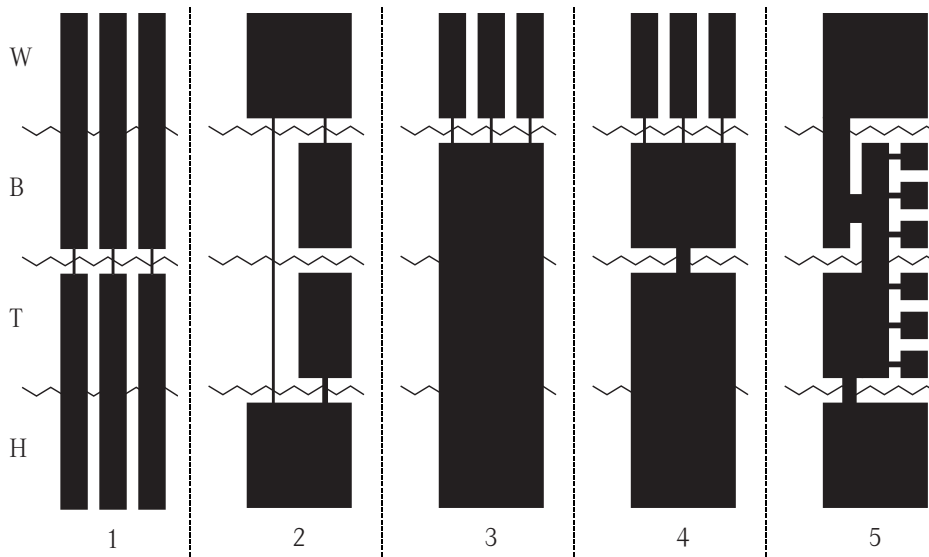


Abb. 4: Gängige vertikale Kontrollstrukturen im In- und Ausland. Schematisch dargestellt sind der Grad der Integration respektive die vertraglichen Bindungen zwischen Waldbesitzer (W), Bewirtschafter (B), Transporteur (T) und Holzverarbeiter (H). Die Kontrollstrukturen 1 und 2 stellen die traditionelle Situation in der Schweiz, die Kontrollstrukturen 3 und 4 die typische Situation in bedeutenden holzexportierenden Ländern dar. Kontrollstruktur 5 ist ein konkretes Beispiel für eine pragmatische Lösung aus Deutschland.

4. Zur Transaktionskostenökonomik

Die Governance-Perspektive erklärt die grosse Vielfalt der in der Realität beobachteten Kontrollstrukturen mit Transaktionskosten, also den Betriebskosten für das Wirtschaftssystem. Übertragungen von Gütern und Dienstleistungen wie der Holzeinkauf durch das Sägewerk – sogenannte Transaktionen – sind meistens nicht kostenlos. Zweckmässige Kontrollstrukturen bedeuten deshalb Minimierung der Transaktionskosten. Mit anderen Worten weist jede Kontrollstruktur Stärken und Schwächen auf, welche sie für die Abwicklung einer bestimmten Transaktion mehr oder weniger attraktiv macht. Bevor einige der relevanten Transaktionskosten eingehender besprochen werden, gilt es unmissverständlich auf zwei wichtige Annahmen der Transaktionskostenökonomik hinzuweisen (WILLIAMSON, 1996/1999):

- Menschen haben eine begrenzte Rationalität («bounded rationality»).
- Menschen sind opportunistisch, d.h. sie verfolgen ihre Eigeninteressen unter gelegentlicher Zuhilfenahme von List.

Williamson hat nun auf drei Merkmale von Transaktionen hingewiesen, welche seines Erachtens von grosser Wichtigkeit sind: Die Häufigkeit einer bestimmten Transaktion,

die zum Zeitpunkt der Vereinbarung der Transaktion in der Zukunft liegenden Unsicherheiten und insbesondere die Spezifität von Investitionen zur Ermöglichung von Transaktionen.

Durch die Ausrichtung der eigenen Ressourcen auf die Transaktion mit dem anderen Partner entstehen bei letzteren ex post gegenseitige Abhängigkeiten. Williamson spricht in diesem Zusammenhang von *fundamentaler Transformation*. Die Abhängigkeit entsteht durch transaktionsspezifische Investitionen in einen Standort, in Humankapital oder in Sachkapital. Das Ausmass der Widmung von Investitionen für eine bestimmte Transaktion wird als *Faktorspezifität* bezeichnet. Transaktionen mit hoher Faktorspezifität haben den Nachteil, dass für einen der beiden Vertragspartner Verhältnisse entstehen können, in welchen er dem Opportunismus des anderen Partners ungeschützt ausgeliefert ist und er von diesem überfallen werden kann.

Mit der Williamson'schen Sichtweise wird klar, dass in der Realität der perfekt formulierte, alle Eventualitäten regelnde Vertrag eine Ausnahme darstellt. Kontrollstrukturen werden deshalb immer mehr als Systeme verstanden, welche *schwierig zu regelnde Situationen* bei der Übertragungen von Gütern und Dienstleistungen zu beherrschen versuchen (SHLEIFER, 1998). Dazu ein Beispiel: Einzelnen Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung – beispielsweise einem Drogenfahnder – muss aus sachlichen Gründen immer wieder ein relativ grosser Handlungsspielraum eingeräumt werden können. Genau in diesem Punkt tritt nun der grosse komparative Vorteil der Güter- und Dienstleistungsproduktion durch die öffentliche Verwaltung hervor: Falls *Loyalität* und *Redlichkeit* von entscheidender Bedeutung sind, so weist die Kontrollstruktur «Öffentliche Verwaltung» respektive deren innere Organisationskultur grosse Vorteile gegenüber anderen Kontrollstrukturen auf.

5. Fallbeispiel Kommunalwald

Anhand einer konkreten Fragestellung soll die Denkweise auf der Ebene der Governance besser dargelegt werden. Drei Fragen werden im nachfolgenden Fallbeispiel Kommunalwald unterschieden: Kann die Waldbewirtschaftung privatrechtlich vereinbart werden? Welche Kontrollstruktur eignet sich zur Organisation der Waldbewirtschaftung am besten? Kann die ausgewählte Kontrollstruktur im Marktwettbewerb bestehen?

5.1 Kann die Waldbewirtschaftung privatrechtlich vereinbart werden?

Überlegungen zu geeigneten Kontrollstrukturen im Kommunalwald sollen in einem ersten Schritt aus einer eher übergeordneten Perspektive vorgenommen werden. So zeigt die vergleichende diskretionäre Strukturanalyse in Abb. 5, dass die Bewirtschaftung des öffentlichen Waldes kaum auf nennenswerte vertragliche Schwierigkeiten stösst. Die Kostenrisiken sind moderat oder kaum existent. Human- und Sachkapital unterliegt keinen besonderen Faktorspezifitäten. Einzig bei sehr lange dauernden Verträgen für die Schutzwaldpflege ist es denkbar, dass die Qualität der ausgeführten Arbeiten naturwissenschaftlich schwierig zu beurteilen ist und demzufolge den Verantwortlichen erhebliche Handlungsspielräume zufallen.

In diesem letzten Fall bestehen Risiken für die Kommune. Insbesondere bei Festpreis-Verträgen dürften die Anreize auf der Seite des Auftragnehmers derart liegen, dass übermässige Kosteneinsparungen zu befürchten sind (HART ET AL., 1997). Beispiele aus der Schweiz zeigen jedoch, dass sogenannten Kosten-Plus-Verträge, also Verträge mit garantierter Kostenübernahme plus einer fixen Gewinnmarge für den Auftragnehmer (BAJARI & TADELIS, 2001), diese Risiken gut auffangen. Aus der Sicht der Transaktionskostenökonomik sind deshalb auch bei der Schutzwaldpflege keine Gründe zu finden, weshalb Regiebetriebe für die Waldbewirtschaftung unabdingbar sind.

Transaktionsgruppe	Kostenkontrolle	Faktorspezifität	Redlichkeit	Kontrollstruktur
Diplomatische Vertretung	+	+	++	klass. Verwaltung
Beschaffung Kriegsmaterial	++	++	+	K+-Vertrag
Beschaffung Büromaterial	+	0	0	FP-Vertrag
Erhebung Einkommenssteuer	+	0	+	NPM-Verwaltung
Bau und Betrieb Gefängnis	+	++	+	NPM-Verwaltung
Produktion Holz	+	0	0	FP-Vertrag
Produktion Schutz vor Naturgefahren	+	0	+	K+-Vertrag
Produktion Naturschutz & Erholung	+	0	0	FP-Vertrag

Abb. 5: Summarische Beurteilung von Vertragsrisiken in der staatlichen Güter- und Leistungserstellung mit Vorschlägen für geeignete Kontrollstrukturen. Quelle: In Anlehnung an Williamson (1999). Legende: ++ = stark, + = mittelstark, 0 = schwach; K+-Vertrag = Garantierte Kostendeckung plus Gewinnmarge, FP-Vertrag = Festpreis (Pauschale), NPM = «New Public Management».

Möglicherweise bestanden in früheren Zeiten durchaus gute Gründe, an dieser grundsätzlichen Kontrahierbarkeit der Waldbewirtschaftung zu zweifeln. In der heutigen Perspektive sind jedoch kaum ökonomische Sachzwänge erkennbar, welche die Bewirtschaftung eines mitteleuropäischen Waldes *mittels privatrechtlicher Vereinbarungen* in Frage stellen könnten.

5.2 Welche Kontrollstruktur eignet sich zur Organisation der Waldbewirtschaftung am besten?

Waldbewirtschaftung *kann* vertraglich geregelt werden. Vor der konkreten Abfassung zweckmässiger privatrechtlicher Vereinbarungen stellen sich jetzt in einem zweiten Schritt drei prinzipielle Fragen: Wie organisiert sich die Kommune, um einen guten Vertrag zu erhalten? Mit welchem juristischen Typ von Organisation soll ein Vertrag abgeschlossen werden? Wann werden Arbeiten in Regie ausgeführt?

Wie organisiert sich die Kommune, um einen guten Vertrag zu erhalten?

Es bieten sich zwei Lösungsmöglichkeiten an. So ist es denkbar, dass die Gemeindeverwaltung eine forstliche Fachperson beschäftigt, welche die Auftragsausschreibung und -überwachung wahrnimmt. Alternativ kann diese aber auch einer unabhängigen externen Fachperson, beispielsweise einem Berater mit einem Mehrjahresvertrag, übertragen werden.

Mit welchem juristischen Typ von Organisation soll ein Vertrag abgeschlossen werden?

Mehr Freiheitsgrade hat die Kommune bei der Wahl des Organisationstyps. Sie kann die Waldbewirtschaftung einer juristisch eigenständigen Organisation im Alleinbesitz oder im Mitbesitz übertragen. Mitbesitz könnte bedeuten, die Organisation – beispielsweise eine Stiftung oder eine Genossenschaft – zusammen mit anderen Kommunen zu gründen und zu betreiben. In diesem Fall gilt es neben einer zweckmässigen privatrechtlichen Vereinbarung auch eine ökonomisch *und* politisch kluge Unternehmensaufsicht zu statuieren. Alternativ kann sie die Waldbewirtschaftung mit kurz- oder langfristigen Verträgen an eine private Firma übertragen. Für diesen Fall dürfte neben einer zweckmässigen privatrechtlichen Vereinbarung auch die Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens eine nicht unwesentliche Herausforderung darstellen. Bei langfristigen Verträgen wird ausserdem das erwähnte Merkmal *Unsicherheit* schwieriger zu beherrschen sein.

Aus der Sicht der Transaktionskostenökonomik ist naheliegenderweise immer jene Kontrollstruktur auszuwählen, welche auch tatsächlich Gewähr für die tiefsten Transaktionskosten bietet. Vermutlich dürften in der Waldwirtschaft häufig Grössenvorteilen im Vordergrund der Überlegungen stehen. Spielen darüberhinaus auch politische Erwägungen eine Rolle, wie dies fast immer der Fall ist, gewinnen Kontrollstrukturen mit einem intermediären Charakter, zum Beispiel die Aktiengesellschaft im Besitz der öffentlichen Hand, an Bedeutung.

Wann werden Arbeiten in Regie ausgeführt?

Die Gemeinde wird Waldprodukte und -leistungen eher dann durch eine eigene Verwaltung erstellen lassen (KIRSCH, 1997; HART ET AL., 1997; SHLEIFER, 1998), wenn

- sie diese in regelmässigen und kurzen Abständen benötigt,
- sie diese nur schwer in der gewünschten Qualität, in der benötigten Quantität und zum richtigen Zeitpunkt auf dem Markt erwerben kann,
- ihre Herstellung grosser spezifischer Investitionen bedarf,
- sie mit grossen negativen Auswirkungen bei einer Fehlbeschaffung rechnen muss,
- sie ihre Qualitätseigenschaften kaum überprüfen kann, jedoch starke Anreize für Kostenreduktionen bestehen;
- für wenig kompetitive Märkte produziert wird;
- für Märkte mit kleiner technologischer Innovation produziert wird.

5.3 Kann die ausgewählte Kontrollstruktur im Marktwettbewerb bestehen?

Drittens stellt sich die Frage, weshalb im Kommunalwald immer wieder wenig konkurrenzfähige Kontrollstrukturen zu beobachten sind? Kontrollstrukturen werden massgeblich durch deren institutionelle Umwelt geprägt (WILLIAMSON, 2000). Es ist deshalb zu vermuten, dass die manchmal als anachronistisch bezeichneten Kontrollstrukturen des Kommunalwaldes vielmehr als Ergebnis übergeordneter Rahmenbedingungen zu interpretieren sind und in einer nach transaktionskostenökonomischen Gesichtspunkten durchgeführten Analyse zweckmässig erscheinen. In diesem Sinne können ohne eine gebührende Berücksichtigung übergeordneter Ebenen kaum Folgerungen über geeignete Kontrollstrukturen für den Kommunalwald gezogen werden. Die Zuordnung von hoheitlichen Verfügungsrechten beim Revierleiter könnte beispielsweise Anlass sein, die Auslagerung der kommunalen Waldbewirtschaftung kritisch zu hinterfragen. Mit anderen Worten sind der Optimierung auf der Ebene der Governance Schranken gesetzt.

6. Schlussfolgerung

Damit schliessen diese Ausführungen mit einem Verweis auf die der Governance übergeordneten Ebenen der gesellschaftlichen Einbettung und institutionellen Umwelt ab. Die Transaktionskostenökonomik stellt einen wertvollen theoretischen Beitrag für die sozialwissenschaftliche Beurteilung von Kontrollstrukturen dar. Sie leistet einen Beitrag

zur Entdogmatisierung der Waldpolitik, indem sie der normativen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen politischen Grundhaltungen eine positive Analyse der Governance zur Seite stellt, zur Lösung der beiden grossen Organisationsprobleme Nichtwissen und Nichtwollen beiträgt und so den Diskurs befruchtet. Governance muss jedoch immer als Ergebnis einer bestimmten institutionellen Umwelt und gesellschaftlichen Einbettung verstanden werden, ansonsten Illusionen geweckt werden.

7. Literatur

- ALCHIAN, A.A., DEMSETZ, H. (1972): Production, information costs, and economic organization. *Am. Econ. Rev.* 62, 5: 777–795.
- BAJARI, P., TADELIS, S. (2001): Incentives versus transaction costs: a theory of procurement contracts. *RAND J. Econ.* 32, 3: 387–407.
- COASE, R.H. (1937): The nature of the firm. *Economica* 4, 3: 386–405.
- COASE, R.H. (1960): The problem of social cost. *J. Law Econ.* 3, 1: 1–44.
- DEMSETZ, H. (1967): Toward a theory of property rights. *Am. Econ. Rev.* 57, 2 (Papers & Proc.): 347–359.
- GROSSMAN, S.J., HART, O.D. (1986): The costs and benefits of ownership: a theory of vertical and lateral integration. *J. Pol. Econ.* 94, 4: 691–719.
- HART, O., SHLEIFER, A., VISHNY, R.W. (1997): The proper scope of government: theory and an application to prisons. *Q. J. Econ.* 112, 4: 1127–1161.
- HOSTETTLER, M. (2003): Governance in der Waldwirtschaft. *Schweiz. Z. Forstwes.* 154, 2: 42–50.
- JENSEN, M., MECKLING, W. (1976): Theory of the firm: managerial behavior, agency costs and ownership structure. *J. Fin. Econ.* 3, 4: 305–360.
- KIRSCH, G. (1997): *Neue Politische Ökonomie*. Werner, Düsseldorf, 4. ed., 390 p.
- NORTH, D.C. (1981/1988): *Theorie des institutionellen Wandels: Eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte*. Mohr Siebeck, Tübingen, 228 p.
- PICOT, A., DIETL, H., FRANCK, E. (2002): *Organisation: Eine ökonomische Perspektive*. Schäffer Poeschel, Stuttgart, 3. ed., 474 p.
- RICHTER, R., FURUBOTN, E.G. (2003): *Neue Institutionenökonomik: Eine Einführung und kritische Würdigung*. Mohr Siebeck, Tübingen, 3. ed., 660 p.

- SHLEIFER, A. (1998): State versus private ownership. *J. Econ. Persp.* 12, 4: 133–150.
- WILLIAMSON, O.E. (1985/1990): Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus: Unternehmen, Märkte, Kooperationen. Mohr Siebeck, Tübingen, 382 p.
- WILLIAMSON, O.E. (1996/1999): The mechanisms of governance. Oxford Univ. Press, New York, 429 p.
- WILLIAMSON, O.E. (1999): Public and private bureaucracies: a transaction cost economics perspective. *J. Law, Economics, & Organization* 15, 1: 306–342.
- WILLIAMSON, O.E. (2000): The new institutional economics: taking stock, looking ahead. *J. Econ. Lit.* 38, 3: 595–613.

(Text ohne Abb.: ca. 14'600 Bchst.).